

"Gipfel in Spanien soll Fahrplan für Europas Zukunft festlegen" in Luxemburger Wort (15. Dezember 1995)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 15.12.1995, n° 286; 148. Jg. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

ezember_1995-de-3551c79c-663d-414e-9525-931029d1944d.html">http://www.cvce.eu/obj/"gipfel_in_spanien_soll_fahrplan_fur_europas_zukunft_festlegen"_in_luxemburger_wort_15_d
ezember_1995-de-3551c79c-663d-414e-9525-931029d1944d.html

Publication date: 18/09/2012

Gipfel in Spanien soll Fahrplan für Europas Zukunft festlegen

Die EU vor dem Umbruch: In Madrid müssen die Termine für Währungsunion, Reform und Erweiterung koordiniert werden

von T. Freudenberg

Auf ihrem 54. Gipfeltreffen an diesem Freitag und Samstag in Madrid wollen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union der geplanten neuen europäischen Währung einen Namen geben. Sie wird vermutlich „Euro“ heißen. Festgelegt werden soll auch, wann die Teilnehmer an der Währungsunion die strikten Beitrittskriterien erfüllt haben müssen. Zu den weiteren großen Themen der Gipfelbegegnung gehört der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. In der EU sind 18 Mio. Menschen arbeitslos, und der Druck wächst, daß die Regierungen über Absichtserklärungen hinaus konkrete Aktionen vortragen und umsetzen. Für die Reform der Union zur Vorbereitung der Erweiterung auf über 25 Mitglieder hat eine sogenannte Reflexionsgruppe Vorschläge zusammengefaßt.

Fast jedesmal, wenn sich die Regierungschefs der Europäischen Union zu ihrem Halbjahresgipfel treffen, sprechen die Beteiligten und ihre Helfer vorab von dem „klaren und eindeutigen Signal“, das gerade von dieser Begegnung ausgehen müsse. Selten hatte dieser Satz so viel Berechtigung, wie vor dem heute beginnenden Madrider Gipfel: Europa steht vor dem vielleicht größten Umbruch seiner Geschichte, an dessen Ende es auf der einen Seite statt der jetzt 15 aus 25 oder noch mehr Mitgliedern bestehen, andererseits aber auch in eine Mehrklassen-EU gespalten sein könnte.

Im September haben die Regierungschefs bei einem Sondertreffen vier Aufgaben definiert, die es in naher Zukunft zu bewältigen gilt: Die Verwirklichung der in Maastricht vereinbarten Währungsunion, eine Reform des Unionsvertrages, durch die eine Noch-Union handlungsfähig gemacht werden soll, Verhandlungen über eine erneute Erweiterung und schließlich die Erstellung eines neuen Finanzierungskonzeptes für eine EU, der nach dem Jahr 2000 noch mehr arme, auf Zuschüsse aus der gemeinsamen Kasse angewiesene Länder angehören werden. Um dies alles zu schaffen, werden sich die Regierungschefs neben der Entscheidung über einen Namen des gemeinsamen Geldes heute zunächst mit ihrem Terminkalender zu befassen haben: Sie müssen entscheiden, wann die Teilnehmer der am 1. Januar 1999 beginnenden Währungsunion festgelegt werden sollen.

Europas Währungsfachleute haben klargemacht, daß sie für die letzten Vorbereitungen der gemeinsamen Währung mindestens ein Jahr benötigen werden. Die Entscheidung, die auf den Wirtschaftsdaten des Jahres 1997 basieren soll, müßte demnach um die Jahreswende 1997/98 fallen. Doch der deutsche Finanzminister Theo Waigel will sich dabei nicht mit Schätzungen zufriedengeben und besteht auf realen „Ist-Zahlen“, die erst einige Monate später vorlägen. Dagegen will Paris auf jeden Fall im Dezember entscheiden, weil dort im März Parlamentswahlen anstehen und die Fragen der gemeinsamen Währung möglichst aus dem Wahlkampf herausgehalten werden sollen.

Letzte Anzeichen deuten jedoch auf ein Nachgeben der Franzosen hin, die sich mit einem Termin Anfang Mai, also einige Wochen nach den Wahlen einverstanden erklären könnten. Dann allerdings waren die bis zum Jahresende erforderlichen Arbeiten kaum noch zu schaffen. Für einen frühen Termin spricht außerdem, daß man im Dezember noch unter dem Vorsitz Luxemburgs, eines der sicheren Teilnehmer an der gemeinsamen Währung, entscheiden könnte, während im ersten Halbjahr 1998 mit Großbritannien einer der entschiedensten Gegner der Währungsunion, der ganz offen auf deren Verzögerung hinarbeitet, die EU-Präsidentschaft übernimmt.

Ein weiterer Termin steht bereits fest: Ende März 1996 soll in Turin die Regierungskonferenz eröffnet werden, die über die Reform der EU zu entscheiden hat. Ihre Erfolgchancen werden in Brüssel mittlerweile als eher gering eingeschätzt. Eine „Reflexionsgruppe“ hat zwar gerade erst einen 50-seitigen Katalog mit Reformthemen vorgelegt, der jedoch fast vollständig von Großbritannien abgelehnt wird. Der Abschluß der Konferenz, den viele gerne Mitte 1997 sehen würden, ist schon aus diesem Grund offen. Dieser Termin ist jedoch von großer Bedeutung: „In einer schwachen Stunde“, wie einige Politiker mittlerweile meinen, hat

man Zypern und Malta versprochen, sechs Monate danach mit den Verhandlungen über ihre Aufnahme zu beginnen. Andererseits ist aber kaum vorstellbar, daß dann nicht auch zumindest einige Mittel- und Osteuropäer am Tisch sitzen werden.

Dieser Termindruck bereitet vielen Sorge: Zwar ist auch für die Erweiterung nur der Beginn, nicht jedoch der Abschluß der Verhandlungen festgelegt. Doch parallel dazu muß auch über die Erneuerung des Ende des Jahrzehnts auslaufenden Finanzkonzeptes für die EU verhandelt werden, und bei einer vergrößerten Union wird man dabei den Bürgern erklären müssen, daß sie entweder mehr in die Brüsseler Kasse zahlen müssen oder weniger aus ihr erhalten. Das ganze Reformprogramm wird damit immer mehr zu einem riesigen Paket: Ohne Fortschritte bei „Maastricht II“, durch die eine größere EU handlungsfähig bliebe, und ohne eine bessere Finanzausstattung Brüssels ist eine Erweiterung nicht möglich.

In Madrid wird heute möglicherweise ein weiterer Zusammenhang hergestellt: Einzelne Regierungschefs wollen ihren Kollegen angeblich klarmachen, daß sie ohne pünktlichen und erfolgreichen Übergang zur gemeinsamen Währung aber einer Erweiterung nicht zustimmen würden. Das gilt vor allem als eine Warnung an Bonn, wo man in Reden und Besuchen bei den östlichen Nachbarn diesen immer wieder lauthals Unterstützung bei der Aufnahme in die EU versprochen hat. Und dem deutschen Finanzminister Theo Waigel ist es bisher offenbar nicht gelungen, den Partnern klarzumachen, daß er mit seinem Beharren auf einer späteren Entscheidung über die Teilnehmer an der gemeinsamen Währung nicht doch die gesamte Währungsunion aufschieben will.

Das Programm, das die Regierungschefs heute und morgen in Madrid zu bewältigen haben, ist dichtgedrängt. Schließlich soll, wie bei allen Gipfeln der letzten Jahre, auch noch das Thema Arbeitslosigkeit ausgiebig behandelt werden. Nur wenn es der EU hier gelinge, überzeugende und erfolgreiche Antworten zu finden, werde sie bei den Bürgern glaubwürdig bleiben, hat man zuletzt immer wieder festgestellt. Dennoch bleibt der Fahrplan für die nächste Zukunft der Union das eigentliche Thema von Madrid. Ob er von allen Mitgliedern bewältigt werden kann, wird mittlerweile allerdings immer offener in Frage gestellt. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und sein französischer Kollege Jacques Chirac haben bei ihrem Treffen in der vergangenen Woche in Baden-Baden jedenfalls bereits gefordert, bei der EU-Reform eine Klausel in den Vertrag aufzunehmen, die es einzelnen Mitgliedstaaten erlauben würde, das allein zu machen, was mit allen nicht zu erreichen ist.